

16.12.2024

Mach dich stark für eine faire Absicherung gegen Armut und echte Chancen auf eine berufliche Perspektive

Das kann ich in 1 Minute erzählen

Cornelia, 53, ist alleinerziehende Mutter ihrer Tochter Annabell, 16. Sie arbeitet als Reinigungskraft in einem großen Hotel. Ihr Lohn reicht nicht, um Miete und Lebensunterhalt zu verdienen. Darum stockt sie mit dem Bürgergeld ihr Gehalt auf. Cornelia schämt sich, dass sie nicht genug Geld verdient, um ihrer Tochter alle Wünsche zu erfüllen. Sneaker, Smartphone oder Kino – häufig müssen günstige Alternativen her. Im Vergleich zu Hartz IV ist das Bürgergeld eine Verbesserung. Schlimm findet sie, dass in der politischen Debatte Stimmung gemacht wird gegen Bürgergeld-Empfänger*innen.

Das Bürgergeld ist die Grundsicherung für alle, das soziale Auffangnetz für Beschäftigte. Es ist im Vergleich zu seinem Vorgänger „Hartz IV“ ein großer sozialer Fortschritt: Wer das Bürgergeld braucht, ist jetzt besser geschützt (Ersparnisse & Wohnung) und hat mehr Möglichkeiten für Weiterbildung. Auch die Rechte von Bürgergeldberechtigten wurden gestärkt: Sie erhalten jetzt Beratung auf Augenhöhe. Ziel ist, sie nachhaltig in gute Arbeit zu bringen. Statt schneller Vermittlung steht beim Bürgergeld die berufliche Weiterbildung und das Nachholen von Berufsabschlüssen im Fokus. Das Bürgergeld sorgt für mehr soziale Sicherheit und Gerechtigkeit. Wir fordern, dass die Stimmungsmache gegen das Bürgergeld aufhört. Solche Debatten verunsichern Menschen, spalten die Gesellschaft und vergiften das gesellschaftliche Klima. Sie sind deshalb auch ein Angriff auf die Demokratie, denn sie dienen am Ende nur Rechtspopulisten und der AfD. Wir stellen uns Forderungen entgegen, das

Bürgergeld zu kürzen und Strafen zu verschärfen. Für uns ist klar: Alle Beschäftigten brauchen einen verlässlichen Schutz vor Armut bei Arbeitslosigkeit – erst recht in Zeiten des Umbruchs, der Transformation und der Verunsicherung. Fest steht: Von den Bürgergeldberechtigten, die arbeiten können, ist nur eine Minderheit arbeitslos. Viele stocken mit dem Bürgergeld ihren zu niedrigen Lohn auf oder stehen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung, weil sie Kinder erziehen, Angehörige pflegen, noch zur Schule gehen oder krank sind.

CDU/CSU werden mit dem Bürgergeld Wahlkampf machen. Sie haben bereits angekündigt, das Bürgergeld wieder abzuschaffen. Selten hat es eine so massive, mit Fake-News durchdrungene Stimmungsmache gegen eine Sozialleistung gegeben, wie von Union, FDP und Teilen der Arbeitgeberverbände gegen das Bürgergeld in den letzten Monaten. Sozial- und arbeitsmarktpolitische Fortschritte sind akut gefährdet. Die Debatten ums Bürgergeld sind ein riesiges Ablenkungsmanöver. Menschen mit geringem Lohn und Menschen im Bürgergeld werden damit gegeneinander ausgespielt. Union und FDP – beide Parteien haben das Bürgergeldgesetz 2022 mit beschlossen – und Teile der Arbeitgeberverbände treiben die Kampagne gegen das Bürgergeld bewusst an. Berechtigte Anliegen der Arbeitnehmer*innen – mehr Bezahlung nach Tarif und ein höherer Mindestlohn – sollen so zusehends aus dem Scheinwerferlicht geraten. Damit steigen die Chancen, dass diejenigen an der Spitze unbehelligt bleiben und sich an der ungerechten Wohlstandsverteilung nichts ändert.

Wir haben die besseren Argumente für das Bürgergeld

Einfluss auf die Beschäftigungsstruktur: Ähnlich dem Mindestlohn hat auch das Bürgergeld eine Schutzfunktion für den Arbeitsmarkt: Ein zu niedriges Bürgergeld, eine löchrige Absicherung und eine ausgeprägte Pflicht, jede Arbeit annehmen zu müssen, macht Arbeitssuchende erpressbar. Das spielt Arbeitgebern in die Hände, deren Geschäftsmodell auf prekärer und niedrig entlohnter Arbeit beruht.

Bürgergeld bekämpft Armut: Das Bürgergeld ist das letzte soziale Auffangnetz mit 5,7 Millionen Leistungsberechtigten. Die Höhe der Leistungen entscheidet darüber, ob Menschen teilhaben können oder ausgegrenzt werden.

Bürgergeld schafft Perspektiven: Weiterbildung, insbesondere wenn sie zu einem neuen Berufsabschluss führten, waren schon immer ein sehr erfolgreicher Weg, um Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren. 57 Prozent der so geförderten Arbeitslosen sind danach einer Weiterbildung sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Dies ist eine deutlich höhere Erfolgsquote als bei anderen Instrumenten (z.B. nur 10 Prozent nach der Teilnahme an 1-Euro-Jobs).

Das kann ich sagen, um Mythen zu widerlegen

„Arbeit lohnt sich nicht mehr.“

Falsch. Arbeit lohnt sich finanziell nach wie vor. Auch wenn manche sagen „Arbeit lohnt sich nicht“, wenn es Bürgergeld gibt, so sind die Unterschiede zwischen Arbeits-Einkommen und Bürgergeld sehr deutlich. Zum Vergleich: Beim Bürgergeld erhalten Alleinstehende 563 Euro Regelsatz sowie die Warmmiete bis zu einer festgelegten Obergrenze. Mit Partnern zusammenlebende Erwachsene erhalten 506 Euro Regelsatz. Eine Modell-Rechnung zeigt: Wer alleinstehend ist und ab 2025 zum Mindestlohn von 12,82 Euro in Vollzeit arbeitet, hat im Monat 564 Euro mehr für Lebensunterhalt und Wohnen als eine Person, die Bürgergeld bezieht. Auch Familien mit 2 Kindern, in der ein Elternteil Vollzeit zum

Mindestlohn arbeitet, haben 708 Euro mehr zur Verfügung als eine Familie im Bürgergeldbezug.

„Das Bürgergeld ist zu hoch“

Die Höhe des Bürgergeldes und was man sich davon leisten kann, wird oft überschätzt: Umgerechnet auf einen Tag muss ein Erwachsener von 18,80 Euro leben. **Einem Vorschulkind stehen 11,90 Euro täglich** zu und einem **Kind zwischen 6 und 13 Jahren 13,00 Euro**. Davon muss der gesamte Lebensunterhalt, also alle Ausgaben des täglichen Lebens mit Ausnahme der Miete bezahlt werden.

Konkret sind im Regelsatz für **Essen und Trinken pro Tag** vorgesehen:

Für Erwachsene	6,42 Euro
Für 6-13-Jährige	5,02 Euro
Für Vorschulkinder	3,85 Euro

Für die 6- bis 13-Jährigen gibt es zudem 9,95 Euro monatlich für Kino, Kindertheater oder Sportveranstaltungen sowie armselige 3,16 Euro monatlich für Kinder- und Jugendbücher.

„Das Bürgergeld schafft keine beruflichen Perspektiven“

Klar ist: die Integration von Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt muss besser werden. Aber wenn der Weg in den Arbeitsmarkt nicht gelingt, ist das in der Regel kein individuelles Versagen, sondern hängt eng mit der Ausstattung und den Möglichkeiten der Jobcenter zusammen. Dafür brauchen die Jobcenter mehr Geld, um mehr Arbeitslose besser fördern zu können. Was hingegen nicht hilft, sind schärfere Sanktionen. Sie greifen tief in die ökonomische Existenz der Bürgergeldempfänger*innen ein.

„Bürgergeld-Empfänger können Jobs ablehnen, die ihnen nicht passen.“

Falsch. Wer Bürgergeld erhält, muss jede zumutbare Arbeit annehmen. Das gilt auch, wenn weniger als der tarifliche oder ortsübliche Lohn gezahlt wird, oder wenn es sich um einen Minijob ohne Sozialversicherungsschutz handelt. Diese Regelungen wurden gegen die Forderungen der Gewerkschaften aus Hartz 4 unverändert übernommen.

Doch die Rechte der Leistungsberechtigten wurden beim Bürgergeld deutlich gestärkt. Nun müssen sich Jobcenter und Leistungsberechtigte einvernehmlich einigen, in welche Tätigkeit(en) auf dem Arbeitsmarkt vermittelt werden soll. Durch diesen so genannten Kooperationsplan haben die Leistungsberechtigten ein Mitspracherecht, wenn es um für sie passende Arbeitsplätze geht.

„Wenn das Bürgergeld abgeschafft ist, so wie die CDU es will, spart der Staat enorm viel Geld ein.“

Falsch. Das Bundesverfassungsgericht hat vorgegeben, dass es eine Grundsicherung in Deutschland geben muss. Darum ist die Debatte über das Bürgergeld vor allem eine Phantom-Debatte auf den Schultern derjenigen, die keine Lobby haben. Fakt ist auch, dass das Bürgergeld nur eine von vielen Sozialleistungen ist. Im internationalen Vergleich sind die Ausgaben in Deutschland weder besonders hoch, noch sind sie in den vergangenen zwei Jahrzehnten stark gewachsen.

„Wenn das Bürgergeld abgeschafft ist, gehen alle wieder arbeiten und die Wirtschaft kommt in Schwung.“

Die CDU suggeriert, dass das Bürgergeld Ursache für allerlei Probleme in Deutschland ist, etwa für die wirtschaftliche Schwäche oder den Mangel an Fachkräften in einigen Branchen. Das stimmt nicht. Die deutsche Industrie leidet vor allem unter einer Schwäche der weltweiten Wirtschaft. Auch der Fachkräftemangel trifft einzelne Branchen und ist dort vor allem hausgemacht, weil zum Beispiel die Arbeitsbedingungen schlecht sind. Eine Abschaffung des Bürgergeldes hätte weder einen Einfluss auf die Konjunktur noch auf den Mangel an Fachkräften zum Beispiel in Kitas oder in der Pflege.